



Hamburgs Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 33

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.
Abonnementspreis 3 Mk. pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Liaus-Arth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 2246.

Hamburg, den 14. August 1920

Anzeigen kosten die sechsgespaltene Non-
pareilzeile oder deren Raum 1,50 Mk.
(Der Betrag ist stets vorher einzufinden.)
Verbandsanzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

34. Jahrg.

Erwerbswirtschaft und Bedarfsdeckungswirtschaft.

Das Kennzeichen einer jeden kapitalistischen Wirtschaftsweise ist das Gewinnstreben, das heißt die Absicht, über die Deckung des Bedarfs hinaus Gewinn zu erzielen und diesen Gewinn aufzuspeichern. Der kapitalistisch denkende Mensch ist nicht damit zufrieden, sich durch seine wirtschaftliche Tätigkeit, sei es im Gebiete der Gütererzeugung oder der Güterverteilung, eine gute, auskömmliche Existenz zu schaffen, er will vielmehr noch obendrein Kapital ansammeln und für neue Unternehmungen zurückerlegen. Das müßte ein merkwürdiger Kapitalist sein, der am Ende des Geschäftsjahres, wenn er seine Bilanz zieht, mit Befriedigung feststellt, daß Einnahmen und Ausgaben gegeneinander aufgehen, ohne daß ein Ueberschuß dabei herausgesprungen ist. Seine Klassengenossen würden den Kopf schütteln über einen solch unkapitalistisch wirtschaftenden Auch-Kapitalisten, der den Grundsatz: „Vom Gewinn muß der Schornstein rauchen!“ mit Füßen tritt. Sie würden ihn wegen Verneinung des kapitalistischen Grundprinzips für verrückt erklären und unter Kuratel stellen lassen.

Der kapitalistische Geist, der unserm modernen Wirtschaftsleben seinen Stempel aufdrückt, unterscheidet sich von der Ausprägung der mittelalterlichen Menschen wesentlich dadurch, daß er Kapital aufkaufen will für die Zukunft, um die gegenwärtige Ausbeutung der beschlossenen Weltwirtschaft zu verewigen. Auch der Handwerksmeister und Händler des Mittelalters waren bestrebt, aus der unbezahlten Arbeit der Gesellen und aus der Uebervorteilung der Käufer Gewinne zu erzielen, aber er begnügte sich damit, anständig leben zu können. Eine Anhäufung von Reichthümern war danach ausgeschlossen, weil das Geld noch eine nebenwichtige Rolle spielte; wer sein gutes Auskommen hatte, war zufrieden mit dem Ergebnis seiner wirtschaftlichen Tätigkeit. Erst am Ausgange des Mittelalters zeigten sich zunächst im Warenhandel kapitalistische Absichten, die Umwandlung der Naturalwirtschaft in die Geldwirtschaft ermöglichte die Durchsetzung des kapitalistischen Prinzips und damit die Ausschöpfung von Kapital zum Zwecke immer neuer Ausbeutung. Als Folge dieser Entwicklung wurden die Gegensätze zwischen Besitzenden und Besitzlosen, zwischen Kapital und Arbeit, immer schroffer und unüberbrückbarer.

Offenbar kommt es in der kapitalistischen Gesellschaft in allererster Linie auf den Gelderwerb an, die Deckung des Bedarfs kommt erst in zweiter Linie. Es werden Waren produziert, Gebrauchsgegenstände für andere, die gegen Geld ausgetauscht werden und mehr Geld bringen sollen, als sie gelostet haben. Den erzielten Ueberschuß steckt der Kapitalist in die Tasche, er verwendet einen Teil davon zu seinem Lebensunterhalte, den Rest schlägt er zu seinem Kapital. Dadurch unterscheidet er sich von dem Lohnarbeiter und dem Angestellten, die zufrieden sind, wenn sie ihr Auskommen haben und im günstigsten Falle einen Notgroßchen für das Alter zurückerlegen können. Ein Kapitalist betrachtet die Herstellung von Bedarfsgütern nur als Mittel zum Zweck des Geldverdienens. Wenn er zum Beispiel eine Schuhfabrik errichtet, so tut er das nicht, um Menschen mit Fußzeug zu versorgen, damit sie nicht barfuß herumlaufen brauchen, er tut es lediglich zu dem Zwecke, um Geld zu verdienen. Kann er diese Absicht nicht verwirklichen, weil infolge wirtschaftlicher Vorgänge ein Preissturz eintritt, so macht er die Bude einfach zu und legt sein Kapital in einem anderen Unternehmen an. Er kümmert sich nicht darum, daß seine Arbeiter arbeitslos werden oder daß Mangel an Schuhzeug vorhanden ist, er schert sich den Teufel um all diese Dinge; für ihn ist die Hauptsache, daß er sein Kapital verwerten, daß er Mehrwert erzielen kann. Darum ist es ihm ganz einerlei, welche Gebrauchsgegenstände er herstellt: Stiefelmische oder Schnucksachen, und mit welchen Waren er handelt. Das Geschäftemachen ist sein Lebenszweck, in welchen Bedarfsgütern dies geschieht, ist ihm völlig gleichgültig. Dieser auf dem Gewinn, von beruhende, aus dem Er-

werbstrieb entspringende kapitalistische Wirtschaftsweise stellt der Sozialismus eine neue Form des Wirtschaftslebens entgegen, nämlich die Bedarfsdeckungswirtschaft. Diese sozialistische Wirtschaftsweise der Zukunft verfolgt nicht den Zweck, daß einzelne Menschen oder Menschengruppen ihre Nebenmenschen ausbeuten und sich dadurch die Taschen füllen, sie läuft vielmehr darauf hinaus, so viel Bedarfsgüter zu erzeugen, daß jeder Mensch ein menschenwürdiges Dasein führen kann. Das Wohlergehen aller, die ihre Pflicht tun, ist das Ziel dieser neuen Wirtschaft, nicht der persönliche Vorteil der einzelnen. Die Steigerung der Gütererzeugung und die Regelung der Güterverteilung, die erstrebt wird, soll nicht den Zweck verfolgen, immer neue Reichthümer aufzuhäufen, sondern sie soll die Möglichkeit bieten, daß die Menschen besser als bisher ihre materiellen, geistigen, seelischen und kulturellen Bedürfnisse zu befriedigen vermögen, daß sie mehr als bisher ein Dasein als wirkliche Kulturmenschen führen können. Der Mensch soll in den Vordergrund gedrängt werden, nicht das Kapital — um das Wohl des Menschen soll sich das Wirtschaftsleben drehen, nicht um den Geldsack. Der persönliche und allgemeine Bedarf der Menschen soll darüber bestimmen, was und wie produziert werden soll, nicht das Profitinteresse der Kapitalisten, wie es schon jetzt in einer Konsumgenossenschaft der Fall ist, die nicht wie ein Kapitalist eine Bäckerei errichtet, um Geld herauszuwirtschaften, sondern um ihre Mitglieder gutes, gesundes, preiswürdiges Brot zu liefern. Eine solche große, allgemeine Wirtschaftsgenossenschaft soll das deutsche Volk werden, in der unter Ausschaltung der Erwerbslöhner und der Ausbeutung peinlich bedacht genommen wird, daß jedes Glied dieser Volksgemeinschaft, sofern es seine Pflicht gegenüber der Allgemeinheit erfüllt, möglichst gut und reichlich seinen Bedarf decken kann. Eine solche Wirtschaftsweise hat auch noch den Vorteil, daß alle Fortschritte, alle Errungenschaften auf wirtschaftlichem Gebiete nicht mehr einer Gruppe von Menschen, den Kapitalisten, zugute kommen, sondern dem gesamten Volke.

Es sind im wesentlichen 2 Vorbedingungen einer jeden sozialen Bedarfsdeckungswirtschaft gegeben: einerseits die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln, die in den Besitz der Allgemeinheit übergeführt werden müssen, und andererseits die Ersetzung der planlosen Produktionsweise, wie sie heute besteht, durch eine planmäßige Regelung der Gütererzeugung und Güterverteilung. Es müssen Wirtschaftsorganisationen geschaffen werden, die Bedarf und Bedarfsdeckung in ein richtiges Verhältnis bringen, die alle wirtschaftlichen Kräfte einheitlich zusammenfassen und auf ein gemeinschaftliches Ziel richten und die erfüllt sind, im Geiste der Solidarität, der Gerechtigkeit und der sozialen Gleichwertung. Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine Sozialisierung und Demokratisierung unseres gesamten Wirtschaftslebens unbedingt nötig. Wenn es auch unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch sehr, oder fast unmöglich ist, diese Forderungen zu verwirklichen, so dürfen wir sie doch niemals aus den Augen lassen, denn ohne die soziale Demokratie oder dem demokratischen Sozialismus erscheint es völlig ausgeschlossen, die kapitalistische Erwerbswirtschaft durch eine sozialistische Bedarfsdeckungswirtschaft zu ersetzen. Und nur diese Form des Wirtschaftssozialismus bietet uns die Gewähr, daß auch der Kultursozialismus, das eigentliche Ziel der modernen sozialistischen Bewegung, seine Verwirklichung finden wird.

Das haupttarifamt im Malergewerbe zu einer weiteren Lohnzulage.

Am 25. Juni vereinbarten die Vertreter der Parteien des Reichstaxtarifvertrages, daß zunächst örtlich oder für bestimmte Bezirke bis 31. Juli über eine Neuregelung der Tariflöhne im Malergewerbe zu verhandeln sei und daß über die dann verbleibenden Streitfälle das Haupttarifamt zu entscheiden habe. Da schließlich bei den hierauf stattgefundenen Zwischenverhandlungen die Arbeitgeber wie nach-

einer allgemeinen Parole jede weitere Lohnerhöhung ablehnten, mußte nunmehr das Haupttarifamt die bestehenden Differenzen beseitigen.

Bei den zu diesem Zwecke am 4. und 5. August im Reichsarbeitsministerium stattgefundenen Verhandlungen verhielten sich die Arbeitgebervertreter ebenfalls wieder ganz entschieden ablehnend, so daß es erst nach nahezu zweitägigen Auseinandersetzungen möglich war, daß der Verhandlungsleiter, Herr Assessor Dr. Goldschmidt, über die den Gehilfen in den 188, außer in Bayern, strittig gebliebenen Orten zu gewährenden Löhne entscheiden konnte. Hierdurch wurde für die große Mehrzahl der Orte eine Lohnerhöhung von 20 und 30 % für die Stunde festgesetzt; Berlin und 3 andere Orte erhalten 40 %, einige Orte weniger als 20 % und für 28 Orte bleibt es bei den bisherigen Löhnen. Darunter befinden sich die mit bisher schon 8 Mk. Stundenlohn.

Die neuen Löhne sind vom 9. August an zu gewähren. Ueber die Höhe der für den einzelnen Ort in Betracht kommenden Lohnerhöhung werden unsere Filialen durch die Bezirksleiter besonders informiert.

Für Bayern, wo das Lohnabkommen vom 3. Mai in einigen Städten bisher noch nicht restlos durchgeführt wurde, ist vereinbart, daß dies spätestens vom 1. Juli an zu erfolgen hat und daß in der Woche vom 10. bis 15. August besondere Verhandlungen im sozialen Ministerium zu München stattfinden sollen. Führen diese zu keiner Einigung, so entscheidet auch hierüber das Haupttarifamt endgültig. Ueber die Verhandlungen werden wir dann noch eingehender berichten.

Erwerbslosensfürsorge oder Arbeitslosenversicherung.

I.
Solange eine kapitalistische Produktion besteht, werden sich infolge dieser Wirtschaftsweise die Wirtschaftskrisen mit einer gewissen Regelmäßigkeit wiederholen. Als Endziel sieht der Sozialismus ja nun die völlige Beseitigung der kapitalistischen Profitwirtschaft an. Weil aber dieses Ziel nicht von heute auf morgen erreicht werden kann, ist es die Aufgabe der modernen Arbeiterbewegung, für diese Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsweise durch Einführung von Unterstützungsanstaltungen in angemessener Weise zu sorgen.

In den deutschen Gewerkschaften hatte man bereits frühzeitig erkannt, daß durch Einführung von Unterstützungen der einzelne Arbeiter sowohl als die Gesamtheit der Arbeiter in ihrer Kampfstrategie gegenüber dem Unternehmertum wesentlich gestärkt wurden. Es muß festgestellt werden, daß die Unterstützungen innerhalb der Gewerkschaften eine Erhöhung der Kampfstrategie gebracht haben. — Infolge der riesigen Entwicklung, die der Kapitalismus annahm, vergrößerten sich aber auch die Massen der Arbeitslosen bei den Krisen. Die von den Gewerkschaften gezahlten Unterstützungen reichten nicht aus, um die Massen vor der Verelendung zu bewahren. Aus diesem Grunde forderte man vom Staate, der die kapitalistische Produktionsweise unterstützte, ausreichende Unterstützung der Arbeitslosen.

Das Reich, wie die Einzelländer hatten aber bis zum Ausbruch des Krieges auf diesem Gebiete nichts geleistet. Das ist ein Beweis dafür, daß die Mächte des Großkapitals bei uns in wirtschaftlicher sowohl als politischer Hinsicht bei den regierenden Stellen einen großen Einfluß besaßen. Der Kapitalismus vertritt den Standpunkt, daß der Arbeiter sich eher unter sein Joch beugt, je mehr ihn die elende Lage seiner Familie dazu zwingt. Allein aus diesem Grunde heraus ist es zu erklären, daß man sich in Deutschland in allen sozialpolitischen Fragen erst zu Zugeständnissen bereit erklärte, wenn man ein Anwachsen der Macht des Proletariats befürchtete. Wir haben heute wohl eine Erwerbslosenunterstützung, eine Arbeitslosenunterstützung, aber wie sie von uns immer gefordert wurde, besteht sie bis heute noch nicht.

Es ist schon gesagt worden, daß bis zum Ausbruch des Krieges vom Reich und den Einzelländern nichts getan wurde. Nur in einigen Städten hatte man eine, wenn auch unzureichende Lösung der Unterstützungsfrage getroffen. Bis zum Jahre 1913 hatten insgesamt 11 deutsche Städte eine Erwerbslosenunterstützung mit Anlehnung an das sogenannte Genter System geschaffen. Dieses Genter System sieht vor, daß bei einer gewissen Mindestleistung der Gewerkschaften, diesen die ausgezahlte Unterstützung zum Teil zurückvergütet wird. Der Staat zahlt einen Zuschuß, nicht aber den Gesamtaufwand der Unterstützung. Mit Anlehnung an dieses System hatten also bis zum Jahre 1913 die Städte Straßburg, Mühlhausen, Erlangen, Nürnberg, Freiburg i. B.,

Frage erlaubt: Wer „puscht“ denn eigentlich, und warum „puscht“ der Arbeitnehmer? Das steht doch fest, daß nur der puscht, dem die Not dazu zwingt, denn aus Zeitvertreib und nur wegen der Arbeit tut das niemand, meistens treibt dem Betroffenen die bittere Not dazu.

Ich will hier gewiß der Pfuscharbeit nicht das Wort reden, aber wenn sich Arbeiterrat und Gewerkschaftsrat zusammenschließen, um Beschlüsse zu fassen, nach denen jeder Meister einen Gehilfen oder Arbeiter, der Nebenarbeit leistet, sofort entlassen muß, daß er nicht mehr eingestellt werden darf und, daß bei Nebenarbeit betroffene Arbeiter aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden, so geht dies doch entschieden zu weit.

Der Unternehmer ist ja schließlich, wenn er sich geschädigt fühlt, in seinem Recht, wenn er einen Arbeiter, der „puscht“, entläßt. Davon kann er ja leicht Gebrauch machen, vor allen Dingen bei flauerem Geschäftsgang. Wir kennen das gerade in unserm Berufe zur Genüge, wie die sadenstimmigsten Gründe bei Entlassungen herhalten müssen. Aus den Tarifverhandlungen, aus den Lohnbewegungen früherer und jetziger Jahre ist doch zur Genüge bekannt, wie sich die Unternehmer von jedem Pfennig Lohnzulage zu drücken versuchen und mit welchen Mitteln versucht wird, eine Lohnerhöhung hintenanzuhalten.

Mit einem Worte, es wird seitens der Unternehmer nie versucht, den Arbeitnehmer so zu stellen, daß das Puschen von selbst aufhört resp. die Arbeit des Arbeitnehmers kein Interesse mehr an der „Uberschreitung des Achtstundentages“ hat.

Es ist eigenartig, daß hier wieder der Arbeiter von dieser Maßnahme getroffen wird. Ich meine den Arbeiter, der nur von seiner Hände Arbeit leben muß. Jedenfalls haben sich die Arbeitnehmervertreter von dem Gesichtspunkt lösen lassen, daß durch diese Pfuscharbeiten arbeitslosen Kollegen zur Unmöglichkeit gemacht wird, Arbeitsgelegenheit zu bekommen. Den Gesichtspunkt muß man gelten lassen. Obwohl praktisch nicht viel dabei herauskommt.

Der bessergestellte Arbeiter puscht nicht. Die Puschen haben meist nicht soviel „Betriebskapital“, um den Unternehmern eine ernste Schmälerung ihres Profits zu verurursachen. Diese Schmälerung des Profits ist ja die Ursache, warum die Unternehmer Beschwerden führen.

Was geschieht aber nun mit Unternehmern, denen es auf Überschreitung des Achtstundentages nicht ankommt? Werden diese auch von ihrer Organisation gemäßigert? Und aus welchen Beweggründen sabotieren diese an vielen Stellen den Achtstundentag? Es sollte mich nicht wundern, wenn das mit der Mollage des Betroffenen oder der Mollage des ganzen Handwerks begründet würde.

Wir haben es mit dem Vorgehen des Landesausschusses des sächsischen Handwerks jedenfalls mit dem ersten Fall dieser Art zu tun.

Es wird in andern Landesstellen wohl auch versucht werden, durch solche drastische Maßnahmen das Handwerk zu heben.

Warum gehen die Unternehmer nicht weiter und führen auch alle die Kreise mit an, die vollbeschäftigt sind, aber schon Jahr und Tag gutgehende Wirtschaften, noch besser gehende Lebensmittelmittelgeschäfte und dergleichen haben? Ist das kein Nebenverdienst? Diese nehmen manchem andern, gleich welcher Art, die Arbeitsmöglichkeit weg. Es gibt auch nicht wenige Stellen, wo heute noch Mann und Frau in der Industrie tätig sind. Wenn diese sehr komplizierte Frage des Doppelverdienstes gelöst werden soll, so muß man schon anders damit anfangen, wie es in Sachsen geschehen ist.

Vielleicht liegen in Glauchau die Dinge anders, jedenfalls sind diese Mißstände noch vielfach zu finden. Und sollten die Unternehmer versuchen, auch in andern Landesstellen die Arbeiterschaft vor ihren Karren zu spannen, dann muß dafür gesorgt werden, daß unter den oben angeführten Gesichtspunkten erst anderswo die Pfuscharbeit unterbunden wird. Gerade von jener Seite wird es den Arbeitern erschwert, in geregelte Beschäftigung zu kommen, von jenen, die auch in jetziger Zeit keine Spur von Idealismus besitzen, sondern, die nur auf ihren persönlichen Vorteil bedacht sind.

Wird hier seitens der berufenen Instanzen eingeschritten, durchzugreifen und Platz geschafft in Handwerk und Betrieben, dann wird gute Arbeit geleistet, dann verschwindet ein großer Teil „Puscher“.

Wollen die Unternehmer nicht durch bessere und ausreichende Entlohnung die Pfuscharbeit unmöglich machen, dann haben wir keine Ursache, als Arbeiter den Polizeibüchse gegen unsere eigenen Arbeitsgenossen abzugeben.

Was unseres Amtes wäre, habe ich ja oben skizziert. E. E.

Kampforganisation und Unterstützungsanstaltungen.

Dieses Thema wird in Nr. 22 des „Vereins-Anzeiger“ behandelt und versucht, darin nachzuweisen, daß die Unterstützungsanstaltungen den Kampfcharakter einer Organisation nicht hemmen, sondern stärken. Da diese Frage in letzter Zeit sich immer mehr in den Vordergrund drängte und auf verschiedenen Verbandstagen eine Rolle spielte, dürfte es auch Aufgabe unserer Kollegen sein, die Frage einmal gründlich zu diskutieren, da sie für alle revolutionären Gewerkschaften der Zukunft von grundsätzlicher Bedeutung ist.

Der Staat, der infolge seiner kapitalistischen Produktionsweise für die Arbeitslosigkeit allein verantwortlich ist, hätte die Pflicht, für seine Opfer aufzukommen; weigert sich dieser, seine Verpflichtungen zu erfüllen, so muß es Aufgabe der Arbeiterschaft und besonders der Gewerkschaften sein, diesen Staat zu zwingen, seine Pflichten zu erfüllen. Haben nun die Gewerkschaften sich dieser Aufgabe gewachsen gezeigt? Ich antworte: Nein. Statt dessen hat man die Pflichten des Staates den Arbeitslosen gegenüber diesem abgenommen und der Arbeiterschaft auferlegt. Ein besonderes Beispiel, daß, wenn die Gewerkschaften dem Staat seine Verpflichtungen nicht abgenommen hätten, die Arbeiterschaft in ihrer Not und Verzweiflung den Staat schon längst dazu gezwungen hätte, oder die ganze kapitalistische Gesellschaft zusammengebrochen wäre, ist eine Rede im Reichstag im Jahre 1908 des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Sildekum, der nach dem amtlichen Stenogramm ausführte: „Ohne die gewerkschaftlichen Organisationen wäre die ganze bürgerliche Gesellschaft ja längst zusammengebrochen. (Lachen rechts.) Glauben Sie denn, daß Sie mit Ihrer unzureichenden Armenpflege den Schäden der Arbeitslosigkeit wirksam entgegenzutreten könnten, wenn nicht die Gewerkschaften die größten ... ten der Arbeitslosigkeit auf sich

nähmen? (Sehr wahr! bei den Soz.) Ganz undenkbar wäre es, die Arbeitslosen in den Kommunen zu erhalten, wenn sie sich nicht selbst versicherten.“ Ein besseres Eingeständnis, daß die Gewerkschaften mit ihren Unterstützungsanstaltungen den kapitalistischen Staat stützen, ist wohl nicht zu erbringen und dieses bekämpft die Auffassung der Gegner der Versicherungen in den Gewerkschaften vollständig. (Es darf aber nicht unerwähnt bleiben, daß gerade damals die Arbeitervertreter in schärfster Abwehr standen gegen erneute Versuche der Reaktion, das Koalitionsrecht zu verschlechtern. Die Redaktion.)

Durch die Revolution hat nun der Staat seine Verpflichtungen den Arbeitslosen gegenüber (wenn auch in unzureichendem Maße) anerkennen müssen und schon nach 1 1/2 Jahren glaubt der Kapitalismus, diese wichtige Errungenschaft der Arbeiterschaft wieder entreißen zu können oder wenigstens so zu gestalten, daß sie für die Arbeitslosen wertlos ist. Schon hat man eine sechsstündige Karenzzeit eingeführt, die Arbeitslosenunterstützung von den Gewerkschaften wird in Anrechnung gebracht, bei Streiks und Aussperrungen, wo Arbeiter nicht wieder eingestellt werden, wird diesen die Unterstützung versagt, am 1. August dieses Jahres wird allen, die 26 Wochen arbeitslos waren, die Unterstützung verweigert und eine neue Arbeitslosenversicherungsvorlage, die noch weitergehende Verschlechterungen bringt, wird in allerhöchster Zeit im Reichstag zur Verhandlung kommen. Diesem Beschlusse hat der Vorstand der deutschen Gewerkschaften seine Zustimmung gegeben. (Das Gegenteil ist der Fall, denn der Entwurf ist fertiggestellt worden, ohne daß den Gewerkschaften Gelegenheit gegeben war, vorher dazu Stellung zu nehmen. D. Red.) Was werden nun die Gewerkschaften gegen dieses Gesetz, das die Arbeiter ins Gesicht schlägt, unternehmen? Wenn der „Vereins-Anzeiger“ in seinem Artikel schreibt, „daß keiner wissen kann, wie lange und in welcher Höhe der Staat noch Unterstützung gewähren wird“, so kommt dies gleichfalls einer Kapitulation gleich. Statt die Arbeiterschaft zum Kampf aufzurufen, der Regierung zu sagen, daß sie den ins Feuer gießt, wenn sie eine der wichtigsten Errungenschaften der Revolution antastet, gibt man von vornherein sein Einverständnis dazu. (Der Artikel war doch schon geschrieben, ehe der Entwurf über Arbeitslosenunterstützung bekannt wurde. D. Red.) Wird dieses Gesetz Talsache, so tragen die Gewerkschaften einen großen Teil Schuld daran und der Kampf innerhalb der Gewerkschaften wird erneut und in schärfster Form entbrennen. Die Gewerkschaften haben heute nicht mehr allein die Aufgabe zu erfüllen, für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen der Berufskollegen zu kämpfen, sondern sie haben die Mitglieder vorzubereiten zum Endkampf zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Die ganze Entwicklung drängt mit Riesenschritten zur Entscheidung. Das Los der Arbeiterschaft wird trotz Lohnerhöhung mit jedem Monat schlechter. Der Kapitalismus, der das Volk durch den Krieg ins Unglück geführt hat, hat abgemirakelt, muß abtreten und einem neuen höheren Staatswesen, dem Sozialismus, Platz machen, in dem es weder Unterdrückte noch Arbeitslose geben wird. Dieses sei die Lösung der Gewerkschaften der Zukunft. Fr. H.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftliche Unterstützung auf die Erwerbslosenunterstützung nicht mehr anrechnungsfähig. Der Vorstand des Textilarbeiterverbandes ergiebt auf Beschwerde vom 10. Juli dieses Jahres folgendes Schreiben: Der Reichsarbeitsminister. I. O. 2887/20.

Auf das Schreiben vom 10. Juli 1920. Weir. Anrechnung von Gewerkschaftsunterstützungen auf die Erwerbslosenunterstützung. Berlin NW 6, Luisenstr. 82/84, den 27. Juli 1920.

Die Reichsregierung hat beschlossen, Unterstützungen, die die Gewerkschaften im Falle der Arbeitslosigkeit an ihre Mitglieder zahlen, künftig nicht mehr auf die Erwerbslosenunterstützung anzurechnen. Ich habe die Regierungen der Länder gebeten, die Gemeinden mit entsprechender Weisung zu versehen, falls bei den Ländern keine Bedenken gegen die Durchführung dieses Beschlusses bestehen. Ich beabsichtige, in die nächste Novelle zu der Verordnung über Erwerbslosensfürsorge eine ausdrückliche Bestimmung einzufügen.

Ich darf annehmen, daß sich damit auch der weitere Inhalt des obigen Schreibens erledigt, zumal da die Anrechnung zu zwei Drittel durch den Stadtrat von Roth seinerzeit offenbar nur deshalb erfolgt ist, weil bei der Abfassung der Hoher Bekanntmachung vom 28. Mai 1920 die Novelle vom 6. Mai 1920 (Reichs-Gesetzblatt Seite 98), durch die die Anrechnung auf die Hälfte herabgesetzt wurde, noch nicht hinreichend bekannt war. Dr. Brauns.

Gewerkschaftliche Eingabe zur Volksernährung. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat an das Reichswirtschaftsministerium und das Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft neuerdings folgende Eingabe gerichtet:

Von einer ganzen Anzahl von Ortsausschüssen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gehen uns neuerdings Mitteilungen zu, wonach in allen den betreffenden Orten sogenannte „Lebensmittelkontrollkommissionen“ errichtet worden sind, die es auch durch ihr Zusammenarbeiten ermöglicht haben, eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise vielfach von erheblichem Umfange herbeizuführen. — Diese Kommissionen haben damit zweifellos dazu beigetragen, den Ausbrüchen von Lebensmittelunruhen und Krawallen in der bestmöglichen Weise vorzubeugen. — Die betreffenden Ortsausschüsse befürchten jedoch, daß, wenn nun nicht in weiterer Folge Sicherungen dagegen getroffen werden, daß die Lebensmittel aus den kontrollierten Orten nach solchen abwandern, wo solche Kontrollen nicht bestehen, die von ihnen durchgeführten Maßnahmen nach und nach ihre Wirksamkeit verlieren. — Nach zahlreichen Erfahrungen in bezug auf Höchstpreisfestsetzungen usw. ist diese Befürchtung nur allzu sehr gerechtfertigt. — Die in Rede stehenden Ortsausschüsse haben sich deshalb zum Teil an die zuständigen Reichsbehörden selbst gewandt, zum Teil bitten sie den Unterzeichneten, bei den in Frage kommenden Reichsbehörden dahin zu wirken, daß diese nunmehr ihrerseits wirksame Maßnahmen treffen, die geeignet sind, ein Ausbreiten der Lebensmittelkontrollkommissionen zu verhindern. Der Unterzeichnete möchte die in Frage kommenden Reichsbehörden dringend bitten, diesem Ersuchen soweit wie

viel ebdemöglich Rechnung zu tragen, da ja die Ereignisse in der letzten Zeit zur Genüge gezeigt haben, daß unsere in früheren Eingaben ausgesprochenen Warnungen durchaus berechtigt und stichhaltig gewesen sind. Wir möchten deshalb noch ganz besonders darauf hinweisen, daß noch immer in außerordentlich großer Zahl Proteste gegen die hohen Lebensmittelpreise aus solchen Orten einlaufen, wo man bisher noch nicht zur Selbsthilfe gegriffen hat oder wo vielleicht die Voraussetzungen für solche fehlen. Wir möchten die maßgebenden Reichsbehörden insbesondere darauf hinweisen, daß im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund zurzeit weit über 8 Millionen Mitglieder vereinigt sind, die mit ihren Familien 24 bis 30 Millionen deutsche Volksgenossen umfassen. Wir führen diese Tatsache an, um die Reichsbehörden auf den ganzen Ernst der Situation hinzuweisen, wenn aus so zahlreichen Volksteilen derartige Gesuche und Proteste fortgesetzt eingeht.

Wir führen das insbesondere deshalb aus, weil wir auf unsere verschiedenen diesbezüglichen Eingaben bisher keinerlei Antwort erhalten haben und möchten hinzufügen, daß es unseres Erachtens nicht ersprießlich wirken kann, wenn derart substantiierte Eingaben in dem Tempo und in der Art behandelt werden, wie es nach unserm Eindruck hier der Fall zu sein scheint.

Indem wir nochmals die vorstehenden Tatsachen der bringenden Beachtung der zuständigen Reichsbehörden empfehlen, zeichnen wir

ergebenst
Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.

Sozialpolitisches.

Reichskonferenz der Arbeitsinvaliden in Essen. Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden und andere Invaliden-Organisationen hatten zu einer Reichskonferenz vom 24. bis 26. Juli in Essen eingeladen, an der über 100 Delegierte aus dem ganzen Reich teilnahmen. Nach Referaten des Verbandsvorsitzenden Alneburg, Frankfurt a. M., der Stadtverordneten Walser, Eberfeld, Heermann, Duisburg und Subte, Berlin, wurde die Einzelorganisation unter dem Namen „Zentralverband der Invaliden und Witwen Deutschlands“ gegründet. Der Zentralverband wird alle nicht kriegsbeschädigten Invaliden Deutschlands und deren Hinterbliebene umfassen und zählt zurzeit rund 80 000 Mitglieder. Die Richtlinien des neuen Verbandes wurden festgelegt; mit allen Kräften soll die wirtschaftliche Sicherstellung der Invaliden und Witwen angestrebt werden. Die heutige Armenpflege wird angefaßt der unbeschreiblichen Not, in der sich all diese Kreise befinden, als völlig unzureichend und dazu kränkend und beleidigend für die Fürsorgeberechtigten angesehen. Soziale Hilfsleistungen in ähnlichem Aufbau wie die der Kriegsbeschädigtenfürsorge werden auch für die Arbeitsinvaliden und deren Hinterbliebenen gefordert, dazu Ausbau der Sozialversicherung. Gegen den Ausschluß der Arbeitsinvaliden und Arbeitsveteranen aus der Erwerbslosensfürsorge auf Grund des § 8a wurde lebhafter Protest zum Ausdruck gebracht; man behauptet, daß viele Kreise, darunter die deutsche Reichsregierung, so wenig Verständnis und Empfinden für die Wünsche und die Not der Arbeitsinvaliden haben.

Als Verbandsvorsitzende mit gleichen Rechten wurden Alneburg, Frankfurt a. M. und Steffes, Homborn gewählt. Bis zur endgültigen Ueberführung nach Berlin wurde Frankfurt a. M. als Verbandsstift bestimmt und sind alle Anfragen und Anmeldungen an den Verbandsvorsitzenden Johs. Alneburg, Frankfurt a. M., Saalgasse 88, Zimmer 58, zu richten.

Polizei und Gerichte.

Schutz der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckungen. Die Kriegsteilnehmer waren gegen Zwangsvollstreckungen bisher schon in der Weise geschützt, als der Gläubiger zu deren Vornahme erst die Genehmigung des Gerichts einholen mußte. Dieser Schutz steht den Kriegsteilnehmern nun nach der neuesten Verordnung vom 16. Juni 1920 weiter bis zum 1. Januar 1921 zu. Die früheren Verordnungen haben auch eine Erweiterung erfahren. Beabsichtigt nämlich das Vollstreckungsgericht, die Bewilligung der Zwangsvollstreckung zu verweigern, so hat es zur Vorbereitung der endgültigen Abwicklung des Schuldverhältnisses einen Termin zu bestimmen und zu diesem den Gläubiger und den Schuldner zu laden. In dem Termin hat das Vollstreckungsgericht zu verhandeln, eine Einigung des Schuldners mit dem Gläubiger herbeizuführen. Kommt eine Einigung zustande, so ist darüber ein Protokoll aufzunehmen. Kommt eine Einigung nicht zustande oder ist der Gläubiger oder der Schuldner zur Verhandlung nicht erschienen, so bestimmt das Vollstreckungsgericht unter billiger Berücksichtigung aller Umstände des Falles und der wirtschaftlichen Lage beider Parteien durch Beschluß, bis zu welchem Zeitpunkt der Schuldner die Leistung zu bewirken hat. Die Frist darf nicht über den 1. Juli 1921 hinaus erstreckt werden. Das Vollstreckungsgericht kann anordnen, daß der Schuldner innerhalb dieser Frist die Leistung in Teilbeträgen zu bewirken hat; auch kann es die Gewährung der Frist von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig machen.

Genossenschaftliches.

Ein Konsumgenossenschaftliches Seebad. Im vorigen Jahre wurde über Bestrebungen berichtet, die Existenz des herrlichen Nordseebades Westerland auf breitere Grundlagen zu stellen, um sie den kommenden Gefahren gegenüber zu sichern, und der Tatsache gedacht, daß der Konsumverein Westerland dabei hilfreiche Hand leisten sollte. Was der Verein versprach, hat er gehalten. Mit allen Einrichtungen der Eigenproduktion versehen, eröffnete er am 18. Juli sein Vereinshaus, das mit seinen Preisen für Verpflegung Zwecke legen will in die reichlich hohen Verpflegungspreise. Es besteht kein Zweifel, daß es ihm gelingen wird, allmählich jene Gäste vom Festland an sich zu ziehen, die vielleicht schon lange nach einem Aufenthalt in einem die Gesundheit fördernden Seebade hungerten, denen es aber nicht möglich war, die wucherlich in die Höhe geschraubten Kosten für Verpfle-

gung aufzubringen. Ungemein günstig gelegen, innen und außen schön und zweckmäßig ausgestattet, wird das Vereinshaus der Westländer Konsumgenossenschaft die Stille sein können, von der eine Gefundung der Preisverhältnisse in Westerland ausgehen kann. Der Konsumverein Westerland hat keine Mühe und Kosten gescheut, um alle Voraussetzungen für diesen Prozeß zu schaffen. Der Verein hat inmitten einer Gemeinde von 4000 Einwohnern eine Mitgliedschaft von 900 Personen, mit einem Umsatz von gegenwärtig 5 Millionen Mark. Er hat an Eigenproduktbetrieben: eine Bäckerei, Fischräucherei, Schneiderei, Schuhmacherverkstatt und einen recht ansehnlichen landwirtschaftlichen Betrieb mit der einzigen Mühle der Insel Sylt. Dazu kommt jetzt das Vereinshaus als Versammlungsort für die Sommergäste vom Festlande. Der Konsumverein Westerland ist der einzige deutsche Konsumverein, der einen Geschäftsanteil von 1000 M. hat, den die Mitglieder willig gewährt, eingedenk der ganz besonderen Pflichten, die sie für sich selbst als Mitglieder einer Konsumgenossenschaft in einem von der Natur ungemein begünstigten Seebad auferlegten.

Vom Ausland.

Amerika. Unsere Brudervorgänger in Newyork teilt mit, daß die Kollegen seit dem 10. Mai eine Lohnzulage von 1 Dollar pro Tag erhalten haben. Der Tagelohn beträgt nun 9 Dollar bei einer vierzigstündigen Arbeitswoche. Der Vertrag läuft am 1. September ab und hoffen die Kollegen, dann ohne Schwierigkeiten 10 Dollar pro Tag zu erreichen. Nachdem in Newyork die Lebensmittel ebenfalls sehr reichlich im Preise gestiegen sind, bietet die Lohnhöhung dafür einen Ausgleich. Die Lage der Bauhandwerker ist im allgemeinen keine glänzende. Man vegetiert so weiter und die amerikanische Arbeiterklasse scheint damit zufrieden zu sein. Gegenwärtig sind die Nominationen der verschiedenen politischen Parteien für die Präsidentschaftskandidaten und da brüsten sich die beiden alten kapitalistischen Parteien republikanische und demokratische ganz besonders. Eine beschuldigt die andere, daß Volk verrats und verkauft zu haben und die bittere Wahrheit ist, daß sie beide recht haben.

Verschiedenes.

11 400 Anmeldungen zum Adressbuch der Leipziger Herbstmesse. Die Anmeldungen zum Adressbuch der diesjährigen Herbstmesse sind sehr lebhaft eingegangen. In das Adressbuch der Technischen Messe (15. bis 21. August) sind 2760 Firmen und in das Adressbuch der Allgemeinen Mustermesse (29. August bis 4. September) sind 8850 Firmen aufgenommen worden. Diese Zahlen umfassen selbstverständlich nicht alle Aussteller, da der 20. Juni bereits als letzter Termin für die Aufnahme in das Messadressbuch festgesetzt war. Die noch fehlenden Aussteller werden in dem erst kurz vor der Messe erscheinenden Nachtrag verzeichnet, dessen Redaktion noch nicht abgeschlossen ist.

Urwaldleben in Bolivien. Immer wieder machen wie das Nachrichtenblatt des Deutschen Auslandsinstituts schreibt, die Auswanderungsberatungsstellen die Erfahrung, daß, trotz einer reichen Auswandererpresse und trotz ihrer weiten Verbreitung, über die schwierigen Anfänge des Kolonistenlebens in Südamerika noch recht falsche Vorstellungen herrschen. Um so wichtiger ist es, daß die persönlichen Erfahrungen Ausgewanderten immer wieder durch die Presse weitergegeben werden, damit unsere Auswanderer nach Möglichkeit vor Enttäuschungen bewahrt bleiben. Wertvolle Mitteilungen gehen dieser Tage dem Deutschen Auslandsinstitut durch einen seiner Schützlinge zu, der von einem Freunde aus Santa Catharina folgende selbsterlebte Schilderung erhält:

Die neuen Kolonisten kommen also an, werden erst mal 30 bis 40 Kilometer weit per Ackerwagen transportiert, haben dann wohl 2 bis 3 Stunden Fußmarsch auf schmalem Urwaldweg und befinden sich schließlich an einer aus rohen Brettern zusammengehaueenen Holzhütte, mit Blättern gedeckt, sehr luftig, ohne Fenster, nur Holzluken. Das ist das vorläufige Endziel.

Das nächste kleine Gehöft ist etwa 3 Stunden entfernt; nach 3 Tagen Urwald ohne Ende. 3 Tage bezahlt die Kolonisationsgesellschaft das Essen; dann heißt es, Vogel fröhlich oder stirbt! Um den Leuten nun etwas unter die Arme zu greifen, können sie 4 Tage der Woche als Wegearbeiter arbeiten, und die andern Tage benutzen, sich die eventuell noch hundertweit entfernt liegende gekaufte beziehungsweise reklamierte Kolonie etwas einzurichten. Das ganze Gelände im Urwald, es heißt also erstmal, den Wald auf einige Hektar abzuwickeln; eine fürchterliche Arbeit! Dann muß der abgeklagene Teil, wenn alles trocken genug ist, was manchmal 3 und mehr Monate dauern kann, abgebrannt werden. Ist dies geschehen, dann heißt es, den Platz räumen, das heißt, die großen Stämme und größeren Reste läßt man einfach liegen. Das keine Zeug muß verbrannt und verfoßt, wie es ist, zusammengelegt und dann besonders verbrannt werden. Ist dann die richtige Zeit zum Pflanzen, so wird gewöhnlich erst Mais gepflanzt, damit Brotwehl im kommenden Jahre wenigstens da ist, und Futter für Hühner, eventuell Schweine. An Pferde ist ja im Anfang nicht zu denken.

Für das Land nun besorgt, so muß man daran gehen, sich eine bewohnbare Hütte zu bauen. Bauen lassen ist nichts, das wäre kaum zu bezahlen. Veltene Kolonisten beziehungsweise hier geborene machen es manchmal so, daß sie sich aus Blättern ein kleines Dach machen, mit einigen Stangen, einer sogenannten Jagdrand; sich dann mit der Hand Bretter und Balken jagen, sich eine kleine Holzhütte zusammenlagern, mit selbstgepaltenen Schindeln decken, ohne Fenster natürlich, diesen Luxus kann man sich erst nach Jahren leisten. Sonst wird ein kleines Häuschen aus dünnen Stämmen oder gespaltenen Palmstämmen hergestellt, aber auch aus gespaltenen Pinienbrettern, vorausgesetzt, daß Firnen vorhanden sind. Es ist alles andere als ein Vergnügen, in solch einer Hütte zu hausen, durch die der

Wind pfeift und der Regen von allen Seiten anschlägt. Das erste Jahr ist ja keinerlei Einnahme zu verzeichnen; die andern Jahre nicht viel mehr, es wird erst besser, wenn man es mal zu einer Ruhe gebracht hat und die Milch jeden Tag an die Molkereien verkaufen kann.

Literarisches.

„Die Glocke.“ Herausgegeben von Barous, Nr. 17 und 18 des 6. Jahrganges liegt vor. Preis 1 M. pro Nummer. Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW 68.

„Arbeiter-Bildung.“ Monatschrift für die Arbeiterbildungsausschüsse und Bildungsorgan für die Jungsozialisten. Herausgegeben vom Zentralbildungsausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Verlag Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW 68, Lindenstraße 8. Vierteljahrsabonnent 6,50 M. bei Bezug durch die Post.

Eine neue Zeitschrift, die berufen ist, Wege zu weisen, die Arbeiterbildungsbefreiungen zu vertiefen und allen, die im Geiste des Sozialismus sich weiterbilden oder andern dazu helfen wollen, wertvolle Anregungen zu geben. Die soeben erschienene Nummer 1 (Juliheft) zeichnet sich sowohl durch reichen Inhalt wie gute Ausstattung aus und wird der neuen Schrift schnell Freunde gewinnen. Heinrich Schulz, der langjährige Leiter der sozialdemokratischen Bildungsarbeit, schreibt einleitend über „Neue Wege zu alten Zielen“. Er geht auf die durch die Revolution veränderten politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse Deutschlands und ihre Auswirkung auf die sozialdemokratische Bildungsarbeit ein, betont aber, daß deren letztes Ziel unverändert das gleiche geblieben ist wie die geschichtliche Aufgabe der Arbeiterklasse: die Herbeiführung der sozialistisch organisierten Bedarfs-Gemeinschaft, die zugleich auch zu einer sinnvollen Kulturgemeinschaft gestaltet wird. Das Gebiet praktischer Bildungsarbeit berührt E. Nestor in einem Artikel „Volkshilfenvereine“, für deren Gründung er wertvolle Fingerzeige gibt. Conrad Schmidt bringt einen einleitenden Artikel über das Thema: Utopischer und wissenschaftlicher Sozialismus. Dr. Beer eine Vortragsdisposition: Hegel und Marx anlässlich Hegels 150. Geburtstag am 27. August 1920. Beiden Aufsätzen sind, was besonders zu begrüßen ist, die wichtigsten Literaturangaben beigelegt. Unter der Aufschrift „Tribüne der Jugend“ sollen regelmäßig unsere Jungsozialisten zum Wort kommen. Erich Fröse macht diesmal den Anfang und legt in temperamentvollen Ausführungen „Das geistige Wollen der Jungsozialisten“ dar. Neben den größeren Aufsätzen bringt die Schrift eine Bücherchau sowie gute Uebersichten über die „jungsozialistische Bewegung“, das „Bildungs- und Volkshochschulwesen“, die reiches Material, Berichte und Anregungen über die Arbeit auf diesen Gebieten enthalten.

Die neue Schrift kann nicht nur den Bildungsausschüssen, Partei-, Gewerkschafts- und Jugendorganisationen angelegentlich empfohlen werden, sondern darüber hinaus auch allen, denen die eigene Weiterbildung im Geiste des Sozialismus am Herzen liegt.

Arbeitsgemeinschaften, Betriebsräte und Gewerkschaften in England. Uebersetzung der Whitley Reports mit einer Einleitung von Max Schippel (Veröffentlichungen der sächsischen Landesstelle für Gemeinwirtschaft Heft 9). Dresden, v. Zahn & Jaensch, 48 Seiten. Preis 5 M.

Die paritätischen industriellen Arbeitsgemeinschaften und die Betriebsräte setzen sich auch in England durch, allerdings mit bezeichnenden Abweichungen im einzelnen, die vor allem auf der seit Jahrzehnten festeren und anerkannteren Stellung der Gewerkschaften beruhen. Grundlegend für diese jüngere englische Organisationsbewegung sind die vielgenannten Berichte des von der Regierung eingesetzten Whitleyausschusses, die hier in wortgetreuer deutscher Uebersetzung erscheinen.

Lesen Sie das „Neue ölfreie Grundiertechnik“, Handbuch von Paul Jaeger, 4. Auflage, Preis 4,75 Mk. postfrei.

Ans dem reichen Inhalt dieses einzigartigen Buches mögen folgende Abschnitte besonders erwähnt sein: Einführung in die Neue Grundiertechnik — Ueber das Schleifen — Vorbehandlung des Holzes — Aufrahmen — Anquellen — Vom Grundieren — Heißlöten und seine Nachteile — Grundanstriche auf Holz und Putz — Vom Materialverbrauch und der Kostenberechnung — Das Porenfüllen — Oel- und Lackanstriche — Deckkraft — Wasserfeste Anstriche — Lasierleackflächen — Das Kronen-Grundverfahren — Naturlackierungen auf Holz — Holzmassierungen — Glanzlackierungen — Blanke Lackflächen durch einmalige Lackierung — Mattlackierungen — Wasserfeste Mattierung — Gebilde Häuser, Fußböden und dergl. — Ueber Nahrung des Grundes — Wasserdichte Lackflächen — Die wasserdichtesten Weislackierungen — Weislackierungen auf rotem Untergrund — Seidenglanzlackierungen — Rostschutz-Anstriche — Isolierung alten Rostes — Salzsäurehaltiger Grund — Dichtende Zwischenschichten — Behandlung alter Anstriche — Klebende Anstriche und ihre Härtung — Klebende Fenster und Türfalle, ihre Verbitung und Beseitigung — Isolierung von Anlinfarben — Isolieranstriche auf Teer, Karbolsäure, verharbten und verrotteten Decken, Rost-, Fett- und Schmutzflächen, Wasserrändern — Isolierung von Mattlaken — Weislackierungen auf Wachsmattlaken ohne Abbeizen — Wiederherstellung rissiger Anstriche ohne Abbeizen — Mischerfolge — Anleitungen und Vorschriften bei Vergebung und Ausführung von Anstricharbeiten aller Art.

Zu beziehen durch das „Forschungs- und Lehrinstitut für ölfreie Grundiertechnik“, Paul Jaeger, Stuttgart 20, Paulinenstr. 1, e. j. Buchhandlung.

Die Erfolge eines Monats

die im Unterricht von den deutschen und ausländischen Schülern des Maler-Zehntums Schwerin seit circa 15 Jahren erreicht werden, überress. in jed. Hinsicht weit Ihre Erwartungen. Mollen Sie Portelle f. Ihr prattisch. Sehen u. d. Borzüge d. Naal. anerk. Unterrichtsinst. kennen lernen, d. Hoff. Sie sich d. f. Sie g. unverbindl. Aufklärungschrift Nr. 12 nebst Zeichplan d. Einmonatskurse des Wintersemest. f. Gehill., angeh. Geschäftl., Metier, Betriebl. u. f. Kriegsdienst. f. totenl. l. v. Mecklenburgischer Maler-Schüler, Schwerin i. M. 5.

Firnis

Edel, rein, Schellack laugt jeden Hellen
Handlung chemischer Produkte,
Berlin O 24,
Wilhelm-Stolte-Str. 22,
Röntgenstr. 7217.

Wilhelm Walter

Öle, Lacke, Leime
Wichtigste Spezialitäten für
Malerei und Lackieren.
Danzig, Weststr. 72,
Geschäftsz. von 8 bis 4 Uhr.

Jeder Kollege

besitzt sofort einen Probekurs
„Der Dekorationsmaler“
3 frühere Hefte mit 12 farbigen
Farbentafeln, Preis 5 M. bei Vor-
einzahlung des Betrages.
C. A. M. Verlag, Wismar 20.
Verbandsmitglieder! Schließen
sich zur Versicherung an bei der
Volkshilfe

Pinsele

u. Strohborsten jeder Art
für Industrie u. Handwerk
Lieferung seit Jahren am vornehmsten
H. W. Witte, Berlin,
Hufelandstr. 46. Tel.: Abt. 332.

Malerschule Buxtehude

gegr. 1877.
Kriegsbeschädigten-Kurs.
Größte Schule für Dekorations-
maler!
Goldene Medallion u. Ehrenpreis.
Prospekt durch die Direktion.

Vergößerungen

in Schwarz
und Sepia.
Vortrags in Gel unter Garantie
absooluter Reihigkeit nach jeder
Photographie. Für Vermittlung
Bromidion. Atelier W. Sommer,
Rammheim 2 2. 8.

Volkshilfe

Gewerkschaftl. - Genossenschaftl.
Versicherungs-Aktien-Gesellschaft
Hamburg 5.

Geld verdienen

ist schwer für denjenigen, der nicht die richtigen
Mittel und Wege weiß, aber leicht für jedermann,
ob Beschäftigter oder nicht, ob im Haupt- oder als Nebenberuf, der sich
fortwährend Buchstabenpausen zur Anfertigung von Brillant-Glasplatten
materien sowie auch zur Herstellung von Platinmaterien aller Art zu
senden läßt. Mit Hilfe meiner Buchstabenpausen kann jedermann sofort
die laubendsten Glas- und Platinmaterien herstellen. Besonders sehr
wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplattenmaterien, die
etwas ganz Neues und wirklich Bornehmes sind. Ganze Serie Buch-
stabenpausen, bestehend aus 16 Doppelalphanabellen (jedes Alphanabe 26 große
und 26 kleine Buchstaben in verschiedenen Schriftarten und in 5 ver-
schiedenem Höhen von 1/2 bis 5 mm) sowie Zahlen, Zeichen und Ver-
zierungen in 4 verschiedenen Höhen, nebst fertigen Brillant-Glas
in Werte von allezt 5,50 M., einem Bogen Goldfolien und einem Bogen
Brillant-Aluminium sowie Gebrauchsanweisung. Preis bei kom-
plettem Serien nur 17 M. gegen Nachnahme, oder gegen Einzahlung von
18 M. Frankosendung. Albert Hutmacher, Waler, Dülben 1. Rheinl.

Nr. 31 des „Correspondenzblatt“ liegt heute bei.